

Nachrichten 25 Februar 2009

Radio Stimme des Widerstands



Im Namen aller Menschen, die für die Freiheit gestorben sind

Religiöse Minderheiten unter Druck

Die sieben Angehörigen der religiösen Minderheit der Baha'i werden in Kürze ihr Verfahren wegen "Spionage für Israel, Beleidigung religiöser Heiligtümer und Propaganda gegen das System" haben. Amnesty International betrachtet die Anklagen als politisch motiviert und die Festgehaltenen für gewaltlose politische Gefangene, die allein wegen ihrer religiösen Überzeugung und ihres friedlichen Engagements für die Gemeinschaft der Baha'i inhaftiert sind. Falls sie verurteilt werden, drohen ihnen lange Gefängnisstrafen oder sogar die Todesstrafe.

Vier Journalisten zu Gefängnis und Auspeitschen verurteilt

Vier Jahre nach Festnahme keine öffentliche Untersuchung der Misshandlungsvorwürfe

Die Verurteilung von vier Bloggern aus Teheran am 3. Februar 2009 zu einer Haft- und Geldstrafe sowie Auspeitschen verletzt das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, so Human Rights Watch und die International Campaign for Human Rights in Iran. Der Leiter der Justizbehörde hatte zugegeben, dass die Geständnisse unter Zwang abgelegt worden waren. Die Verurteilten teilten kurz nach ihrer Festnahme 2004 mit, dass sie während der Verhöre gefoltert worden waren. Doch trotz entsprechender Zusicherungen von höchster Stelle, gab es keine öffentliche Untersuchung.

Menschenrechtsverletzung im Iran

Die für den 5. Februar 2009 anberaumte Hinrichtung des zum Tatzeitpunkt minderjährigen Straftäters Bahman Salimian wurde am Abend des 4. Februar durch Anordnung der Obersten Justizautorität Ayatollah Mahmoud Shahroudi gestoppt. Amnesty International befürchtet jedoch, dass jederzeit ein neuer Hinrichtungstermin festgesetzt werden könnte.

Iran blockiert Internetseiten von Anhängern Chatamis

Wahlkampfmanipulation Knapp vier Monate vor der Präsidentenwahl im Iran haben die Behörden nach Angaben von Reformern zwei Internetseiten zur Unterstützung der Kandidatur von Mohammed Chatami blockiert. Der Druck auf die liberalen Kräfte dürfte damit bis zu der Abstimmung am 12. Juni verstärkt werden, erklärte dazu der prominente Reformler Madschid Ansari in Teheran.

Deutsche FDP unterstützt Schröders Iran-Reise

Das Treffen des Altkanzlers Schröder mit Irans Präsident Ahmadinedschad hatte für Kritik gesorgt. Jetzt stellt sich die deutsche Bundesregierung hinter Schröder. Der Ex-Kanzler habe seine Reise angemeldet, und seine Gespräche lägen auf einer Linie mit der deutschen Iran-Politik. Ein SPD-Politiker nannte die Reise "wirkungsvoll und mutig."

Der Ex-Kanzler hatte Ahmadinedschad wegen seiner anti-israelischen Äußerungen und der Leugnung des Holocaust kritisiert. Zugleich rief er das islamische Land auf, den Regierungswechsel in Washington als Chance zu begreifen und die Beziehungen zum Westen auf eine neue Basis zu stellen.

Teheran unterzeichnet Vertrag mit dem französischen Ölkonzern

Der französische Erdölkonzern Total wird einen Abschnitt des Gasfeldes South Pars (Parse Junubi) im Iran entwickeln. Der Chef der staatlichen iranischen Ölfirma NIOC, Seyfollah Jashnsas, verkündete am Wochenende vor Journalisten, dass der Iran noch vor Ende des aktuellen persischen Jahres einen Vertrag über 5 Mrd. US-Dollar mit Total unterzeichnen werde: "Wir haben positive Gespräche über die Entwicklung eines Abschnittes von South Pars geführt, der Geschäftsabschluss soll in den kommenden drei Wochen stattfinden." Auch die Franzosen ließen keinen Zweifel an ihren Absichten: Total habe niemals die Verhandlungen und Verträge mit Teheran eingestellt, erklärte Yves-Louis Darricarrere, Leiter der Abteilung für Exploration und Förderung von Total.

USA besorgt über Nuklear-Bilanz des Iran

Die USA haben nach der jüngsten Iran-Bilanz der Internationalen Atomenergie-Behörde zu raschem und gemeinsamen Handeln aufgefordert. Der Iran stelle ein akutes Problem dar, hieß es aus dem Weißen Haus in Washington. Es sei nicht darauf zu vertrauen, dass das iranische Nuklearprogramm nur friedlichen Zwecken diene, so lange die Führung in Teheran nicht die Auflagen der Vereinten Nationen erfülle. Die UN-Behörde in Wien hatte festgestellt, dass der Iran in den vergangenen Monaten insgesamt knapp eintausend Kilogramm schwach angereichertes Uran produziert hatte. Hinweise für den Bau einer Atombombe fand sie nicht.

Iran hofft auf neue Waffenlieferungen aus Russland

Moskau - Die Regierung in Teheran hofft auf neue Waffengeschäfte mit Moskau. «Russland verfügt über eine hoch moderne Waffentechnik. Wir haben diese bereits genutzt und wollen das auch weiter tun», sagte der iranische Verteidigungsminister Mostafa Mohammed Nadschar am Freitag vor Journalisten in der russischen Hauptstadt. Welche Waffengattungen der Iran erwerben wolle, teilte der Minister nicht mit.

Russland hat dem Iran bereits Luftabwehrraketen von Typ Tor-M1 geliefert, was Proteste in den USA und Israel ausgelöst hat. Die Regierung in Moskau hat aber Berichte zurückgewiesen, der Iran habe auch Abwehrwaffen des Langstreckensystems S-300 erhalten. Damit könnte Teheran nach US-Angaben seine umstrittenen Atomanlagen sehr wirksam verteidigen.

Israel bedroht den Iran mit einer militärischen Operation

Ein höherer israelischer Diplomat warnte davor, das Israel bereit sei, eine militärische Offensive gegen den Iran zu starten, um ihn an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.

In einem Interview mit der (australischen Zeitung) THE AGE sagte Dan Gillerman, der von 2003 bis zum September letzten Jahres Israels ständiger Vertreter bei der UNO war, die Zeit für diplomatische Bemühungen, die den Iran am Erwerb nuklearer Kapazitäten hindern sollen, könnte vielleicht schon verstrichen sein.

Widersprüchliche Berichte zu Explosion in einer iranischen Moschee

Offizielle Medien haben widersprüchliche Angaben zur Ursache einer Explosion in einer iranischen Moschee gemacht. Die Nachrichtenagentur Fars meldete, dass Unbekannte einen Anschlag verübt hätten, wobei die Agentur Isna von einer Explosion eines Gaskanisters spricht.

Die halbamtliche Nachrichtenagentur Fars meldete am Mittwoch, Unbekannte hätten in der Al-Ghadir- Moschee im Osten des Landes einen Anschlag mit einem Knallkörper verübt. Damit sollte Angst geschürt werden, hieß es. Dagegen berichtete die Agentur Isna, in der Küche sei ein Gaskanister explodiert. In beiden Meldungen wurde die Polizei als Quelle zitiert. Opfer habe es nicht gegeben, berichteten die Agenturen. Die Moschee liegt in Sahedan in der Unruhe-Provinz Sistan- Baluchistan.

Israel tötet iranische Atomwissenschaftler

Israel führe einen geheimen Krieg gegen das iranische Atomprogramm. Teil davon sei die Ermordung iranischer Nuklearwissenschaftler. Das berichtet die Londoner Tageszeitung [Daily Telegraph](#) unter Berufung auf US-Geheimdienstquellen.

Dem Bericht zufolge wird der israelische Geheimdienst Mossad hinter dem Tod von Ardeshire Hassanpour, einem führenden Wissenschaftler in der iranischen Urananreicherungsanlage bei Isfahan, vermutet. Hassanpour starb 2007 an einer "Gasvergiftung", wie es hieß. Andere jüngste Todesfälle unter wichtigen Beteiligten am Uran-Beschaffungs- und -Anreicherungsprozess im Iran und in Europa sind den Quellen zufolge ebenfalls auf israelische "Schläge" zurückzuführen. Die Zeitung zitiert einen Ex-CIA-Offizier mit den Worten: "Das Ziel ist Verzögern, Verzögern, Verzögern (des Atomprogrammes) - bis es eine andere Lösung oder Annäherung gibt." Ein Militärschlag sei zu riskant.
